

Beschluss des Landrats vom 03.11.2022

Nr. 1792

11. Auswirkungen der wegschmelzenden Kaufkraft und Potential von kaufkraftstützenden Massnahmen

2022/382; Protokoll: bw

Ronja Jansen (SP) erklärt sich im Sinne der Sitzungseffizienz für zufrieden.

Peter Riebli (SVP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Stefan Degen (FDP) schliesst aus den Antworten der Regierung, dass das Thema komplexer sei, als es die Fragestellung war. So lässt sich feststellen, dass die Einkommen insgesamt stärker gestiegen sind als die meisten Ausgaben. Es gibt eine grosse Ausnahme: die Krankenkassenprämien. Diese Ausgabe wird durch die Prämienverbilligung jedoch stark und im Vergleich zu früher überproportional stark subventioniert.

Wichtig ist auch, dass die Ungleichheit nicht zugenommen hat. Bei steigendem Wohlstand ist es ganz klar, dass es Leute gibt, die tiefer fallen können, und es Leute gibt, die extrem viel reicher werden können. Werden lediglich die beiden Pole betrachtet, dann mag es stimmen, dass die Schere weiter aufging. Betrachtet man jedoch den grossen Mittelteil, 99 %, lässt sich feststellen, dass die Schere über die letzten Jahre gleich gross blieb, dies jedoch bei massiv gestiegenem Wohlstand.

Peter Riebli (SVP) sagt, beim Ansatz, die Vermögenssteuerreform nicht durchzuführen und das Geld zu sparen, um die Kaufkraft der mittleren und unteren Einkommen zu stärken, handle es sich insofern um ein Dilemma, als dass man gar nicht so recht wisse, ob das Geld wirklich in den Konsum fliessen würde. Es ist auch nicht bekannt, auf welcher Höhe die Einkommensgrenze festgelegt werden müsste. Die unteren Einkommen geben wesentlich mehr ihres prozentualen Einkommens für ihren Lebensunterhalt aus als mittlere Einkommen. Peter Riebli sieht keine rationale Möglichkeit einer sinnvollen Verteilung, mit der diejenigen, die das Geld wirklich benötigen, es auch erhalten würden.

Peter Rieblis Fragen richten sich an den Finanzdirektor und gehen über die vorliegende Thematik hinaus. Es geht um das Geld der Nationalbank. Im nächsten Jahr kann wohl mit keiner Ausschüttung gerechnet werden, sofern sich die Prognose der Nationalbank bewahrheitet. In der Budgetierung war der Finanzdirektor bezüglich Einbezug Nationalbankgeld stets sehr vorsichtig. Meist erhielt man mehr, als budgetiert wurde. Dieses Mal sieht es etwas anders aus. Wie kann dies finanziell aufgefangen werden, damit nicht wieder ein Sparprogramm gestartet werden müsste, wodurch Verteilaktionen – in welcher Form auch immer – relativ schwierig würden? Noch schwieriger würden diese natürlich, würden die Leute, die einen substantiellen Beitrag an das kantonale Steuereinkommen leisten, den Kanton verlassen.

Saskia Schenker (FDP) meint, die Fragen in der Interpellation zielten alle darauf ab, auf irgendeine Art beweisen zu können, dass es gewissen Personen im Kanton schlechter gehen würde oder dass gewisse Personengruppen in den vergangenen Jahren massiv besser gestellt wurden. Die Antworten des Regierungsrats zeigen ganz klar auf, dass dies nicht der Fall war. An die Linken: Es soll wieder einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die Kantonsfinanzen saniert und nicht gespart wurde. Der Fokus lag dabei darauf, dass der Kanton zukünftig weiterhin all die Leistungen

erbringen kann, die er erbringen muss. Das wurde nicht durch Sparen sichergestellt, sondern durch ein sorgfältigeres Ausgabenwachstum. Die Ausgaben wuchsen nämlich konstant weiter. Als wieder Handlungsspielraum vorhanden war, erhöhte der Regierungsrat als erstes die Prämienverbilligung. Der Regierungsrat hielt Wort und auch in den letzten vier Jahren wurden die Prämienverbilligungsbeiträge um CHF 48 Mio. erhöht. Im letzten Jahr betragen diese CHF 8,5 Mio. Erfreulich und eine wichtige Information des heutigen Nachmittags ist, dass der Regierungsrat plant, der starken Erhöhung der Krankenkassenprämien für das nächste Jahr Rechnung zu tragen, und hierfür CHF 11,1 Mio budgetiert. Das sind ganz wichtige Punkte.

Die Finanzkommission berät aktuell das Mietzinsbeitragsgesetz, mit dem Familien unterstützt werden sollen, die zwar berufstätig sind, aber an der Schwelle dazu stehen, dass sich Arbeit im Vergleich zur Sozialhilfe fast nicht lohnt. Das Instrument der Mietzinsbeiträge gibt es im Kanton bereits seit langer Zeit, wurde aber nicht passend angewendet. Das Instrument scheint nicht bestritten und der Landrat hat bereits seinen Willen geäußert, es zu verbessern.

Zudem wurde das Sozialhilfegesetz revidiert und damit unter anderem ein Teuerungsausgleich für jene Menschen eingebaut, die von der Sozialhilfe abhängig sind. Zudem wurden mehr Anreize geschaffen, um die Menschen ins Arbeitsleben zu bringen.

Heute Nachmittag wurde die familienergänzende Kinderbetreuung thematisiert. In der Öffentlichkeit wird einfach behauptet, der Kanton würde nichts tun und er hätte kein Geld dafür. Der Landrat hat aber beschlossen, den Regierungsrat mit einem Grossprojekt zu beauftragen und eine umfassende Auslegeordnung vorzunehmen. Trotz Abstimmungskampf sollte man ehrlich sein und sagen, was bereits alles getan wird. Der Regierungsrat hat eine klare Legislaturplanung und es werden sehr viele wichtige Massnahmen finanziert, gerade auch für die Menschen, denen es weniger gut geht. Bei diesen wird sicherlich nicht gespart oder das Risiko eingegangen, dass diese Hilfen künftig nicht finanziert werden könnten.

Ronja Jansen (SP) ist erstaunt über diese Diskussion, die sich in alle möglichen Richtungen entwickelt. Bei der Interpellation geht es nicht um Kinderbetreuung, sondern um die Entwicklung der Ungleichheit im Kanton und um das Potential von Kaufkraft stärkenden Massnahmen im Allgemeinen. Deshalb spricht Ronja Jansen jetzt zur Interpellation und den Antworten der Regierung, denn diese sind hochspannend.

In der Antwort auf die Interpellation wird auf die Entwicklung der steuerbaren Vermögen in den letzten 20 Jahren eingegangen. Steuerbare Vermögen bedeutet, dass die Situation von armutsbetroffenen Menschen gar nicht erfasst ist. Bei den steuerbaren Vermögen ist festzustellen, dass heute 1 % der kantonalen Bevölkerung 54,5 % des gesamten Vermögens besitzt. Das kann doch einfach nicht sein. 0,1 % der Bevölkerung – also 170 Personen – besitzen 32 % der Vermögen im Kanton. Alle Anwesenden sind gebeten, in sich zu gehen und sich zu überlegen, ob man dies wirklich eine gute Ausgangslage findet und diesen ungleichen Zustand für das bestmögliche Baselbiet hält. Soviel zur Interpellationsantwort.

Vielen Dank an Peter Riebli, der die Nationalbankgelder angesprochen hat. Diese sind zwar nicht Thema der Interpellation, was aber offenbar egal ist. Ronja Jansen ist froh, dass Peter Riebli den Punkt bestätigt, den die SP die ganze Zeit schon betont: Mit den finanziellen Ressourcen des Kantons muss sorgfältig umgegangen werden. Jetzt ist nicht die Zeit für unnötige Geschenke an diejenigen, die sowieso schon genug haben. Jetzt ist Zeit dafür, Prioritäten zu setzen. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage muss Priorität haben, dass dafür gesorgt wird, dass diejenigen unterstützt werden, die am stärksten unter Druck stehen und denen die Kaufkraft wegschmilzt. Es gibt ziemlich genaue Zahlen darüber, welcher Anteil der Einkommen der verschiedenen Einkommensgruppen zurück in den Konsum fließt. Was in den Konsum gesteckt wird, kommt schlussendlich dem Gewerbe zugute. Gerade für selbsternannte Wirtschaftsparteien müsste das eigentlich das Ziel sein.

Das grosse Problem unserer Zeit ist nicht, dass die Wirtschaft leidet, weil die Reichsten zu wenig Geld für Investitionen haben, sondern weil die Kaufkraft nicht vorhanden ist. Dieses Problem muss angegangen werden. An Saskia Schenker: Die SP sagt nicht, dass im Kanton gespart werde, sondern dass abgebaut wird. Das ist das grosse Problem. Würde man sparen, hätte man Geld für andere wichtige Investitionen übrig, was bedeuten würde, dass man effizienter wird. Im Kanton geht man aber nicht effizienter mit dem Geld um, sondern es wird abgebaut. Abbau bedeutet aber nicht, dass die Ausgaben der Menschen verschwinden, sondern dass sie hierbei vom Kanton einfach nicht mehr unterstützt werden. Das ist ein wesentlicher Unterschied. *[zustimmendes Klopfen auf linker Seite]*

Hanspeter Weibel (SVP) fällt es – wohl aufgrund der fortgeschrittenen Stunde – schwer, auf das Votum von Ronja Jansen zu antworten. Es wird erwähnt, wieviel Prozent der Bevölkerung wieviel Vermögen besitzt. Es wird aber übersehen, dass diese Vermögen auch versteuert werden. 25 % der Steuerpflichtigen in diesem Kanton zahlen keine Steuern. Wer finanziert für diese 25 % all die Ausgaben, die im Kanton anfallen? Die Steuereinnahmen auf dieser Einkommensstufe blieben über die letzten paar Jahre konstant, obwohl die Vermögen anstiegen. Das bedeutet, dass Personen aus dem Kanton weggezogen sind. Hanspeter Weibel wiederholt gerne ein konkretes Beispiel: 2016 mussten in Bottmingen die Steuern erhöht werden, weil einer dieser sehr potenten Steuerzahler wegfiel. Auf der linken Seite wird die Tatsache missachtet, dass diese Personen zwar vermögend sind, aber auf dieses Vermögen auch Steuern entrichten. Für den Fall, dass der Begriff progressive Steuern nicht bekannt ist, sei darauf hingewiesen. Diese Personen leisten wesentliche Beiträge an die Steuereinnahmen von Kanton und Gemeinden. Hat man das Gefühl, man könne auf diese Personen verzichten, und sei es nur ein Teil davon, dann wird übersehen, dass die Kompensation durch alle anderen erfolgen muss. Zum Abbau: Saskia Schenker hat es ausgeführt. Von Abbau kann keine Rede sein. Vielleicht hat man es geschafft, das Ausgabenwachstum nicht derart ansteigen zu lassen. Das wird aber sofort als Einsparung und Abbau betrachtet. Der Kanton muss wieder an einen Punkt kommen, an dem wieder gute und vermögende Steuerzahler in willkommen geheissen werden können.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) spricht als Gemeinderätin von Reinach. Obwohl sie keine Freundin von Steuerreduktionen ist, muss sogar sie sich in diesem Bereich dafür einsetzen. In Reinach werden 50 % des Steuerertrags von 1'179 Personen (11,44 %) geleistet. Wie sollen die Services in Reinach finanziert werden, wenn diese Einnahmen wegfallen? Diesen Personen muss Sorge getragen werden. Wie kann deren Wegzug kompensiert werden? Irgendjemand muss den Steuerausfall zahlen. Das gilt es zu bedenken. Die Vermögenssteuerreform ist unbedingt zu unterstützen. Andernfalls kann die familienergänzende Betreuung im Vorschul- und Schulbereich nicht mehr finanziert werden.

Jan Kirchmayr (SP) staunt darüber, welches Unwissen und welche Märchen hier verbreitet werden: Von wegen, ein grosser Teil der Bevölkerung zahle keine Steuern. Was ist mit der Mehrwertsteuer oder der Tabaksteuer? All dies wird gezahlt. Auch dass die Steuerbelastung für den Wohnsitz ausschlaggebend sei, ist ein Märchen. Eine Studie besagt ganz klar, dass bezüglich Wohnortwahl, für 92 % der Grünraum und die Natur entscheidend ist. Für 88 % ist es die Ruhe, für 80 % der öV und für 78 % die Nähe der Schulen. Ganz am Schluss und für 31 % ist die Steuerbelastung ausschlaggebend. Entscheidend sind andere Faktoren, nicht die Steuerbelastung. Ewige Konkurrenz um Steuersätze ist nicht zielführend und führt dazu, dass an anderen Orten kein Geld vorhanden ist, wo prioritär Geld ausgegeben werden müsste. Krankenkassenprämien steigen um 7 %, Strompreiskosten steigen um 45 % – hier muss etwas getan werden. Die Antworten hierauf genügen nicht.

Ronja Jansen (SP) geht auf das Votum von Hanspeter Weibel ein, weil damit seltsame Behauptungen verbreitet wurden. Die Vermögen der 170 reichsten Personen haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das bedeuten soll, dass Reiche den Kanton verlassen haben. Es gibt ja mehr Vermögen in dieser Vermögenskategorie. Das bedeutet, dass die Steuerbelastung offensichtlich sank. Deshalb zahlen die Menschen immer noch gleich viel Steuern, obwohl sie viel mehr Vermögen auf sich vereinigen. Das ist klar. Dazu gibt es übrigens auch eine neue Studie: Diese zeigt auf, wie sich die Steuerbelastung in den letzten 20 Jahren weg von der Besteuerung des Kapitals und der Reichsten hin zur Besteuerung der normalverdienenden Bevölkerung entwickelt hat. Die normalverdienende Bevölkerung muss stets mehr Geld für Abgaben, wie sie Jan Kirchmayr erwähnt hat, entrichten. Ein weiteres abstruses Argument ist, dass Reiche bereits heute viele Steuern bezahlen. Richtig, aber das ist ja die direkte Folge der Ungleichheit. Ein kleines Gedankenspiel hierzu: Was würde passieren, würden alle Anwesenden ihr gesamtes Vermögen Hanspeter Weibel übertragen und daraufhin den Steuersatz auf 0,00001 % senken? Man würde sagen, Hanspeter Weibel zahlt 100 % aller Steuern – wie ungerecht! [*Heiterkeit*] Das ist die Logik hinter diesem abstrusen Argument.

Marco Agostini (Grüne) staunt auch. Einerseits, findet wieder eine Diskussion über die Vermögenssteuerreform statt, über die in ein paar Wochen das Stimmvolk befindet. Lasst das Volk entscheiden und dann kann man weiterschauen. Weiter erstaunlich ist die Diskussion, wenn man sich an diejenige zum Vorstoss von Reto Tschudin erinnert [*Mehr Effizienz im Rat – Interpellationen nicht besprechen*]. Interpellantin Ronja Jansen verzichtete auf die Diskussion und was passiert – der Landrat spricht darüber.

Rolf Blatter (FDP) präzisiert die Aussage von Hanspeter Weibel, 25 % würden keine Steuern bezahlen insofern, als dass damit Einkommenssteuern gemeint seien. [*Hanspeter Weibel dankt für diese Präzisierung.*] Die Absicht war klar, aber man kann diese Aussage natürlich auch anders verstehen. Zur Aussage, Kapital sei nicht mobil: Vor vier oder fünf Jahren wurde im Kanton die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Das war eine reine Neidkampagne. 17 Personen waren betroffen, die proportional pro Kopf noch viel mehr bezahlt haben. Von diesen 17 Personen lebt heute niemand mehr im Kanton Basel-Landschaft und die Steuerleistungen an den Kanton fielen weg.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt für die Diskussion und fasst sie so zusammen: Im Westen nichts Neues. 70 % zahlen keine Vermögenssteuern. 30 % zahlen Vermögenssteuern und die werden auch gebraucht. Das Steuersystem ist sehr fair. Die Progression ist unglaublich stark. Mit CHF 300'000 bis 400'000.– zahlt jemand wenig Vermögenssteuern, hohe Vermögen werden aber sehr stark besteuert. Ja, es gibt hohe Vermögen, die aber auch sehr hoch besteuert werden. Das soll berücksichtigt werden, wenn man immer wieder auf die «bösen Reichen» losgeht. Diese finanzieren einen grossen und wesentlichen Teil unseres Sozialstaats. Es wird immer so getan, als ob nun einfach nur Steuern gesenkt würden. Bei der Vermögenssteuerreform geht es aber primär um die Abschaffung der Baselbieter Steuerwerte. Das ist die Ausgangslage. Selbstverständlich soll dabei auch die Position des Kantons im Wettbewerb gestärkt werden. Die Frage, ob jemand wegzieht oder nicht, ist müssig. Jeder findet eine für seine Argumentation passende Studie. Für den Finanzdirektor ist klar, dass Basel-Landschaft im gesamtschweizerischen Steuerwettbewerb eine interessante Position erreichen muss. Diese Steuertabellen publiziert notabene der Bund und bilden die Basis für Treuhänderinnen und Steuerberater, die Steuerzahlende darüber beraten, wo sich ein Hinzug aus dieser Perspektive lohnt.

Der Finanzdirektor dankt Ronja Jansen für die beiden Interpellationen. Die Beantwortung war enorm aufwändig, allerdings geben die Antworten einen guten Überblick. Dass nun jeder versucht, den Überblick für seine Interessen zu nutzen, ist auch klar. Letztendlich darf aber festgestellt werden, dass in den letzten zehn Jahren eine Ausgabesteigerung von CHF 2,5 auf CHF 3,1 Mrd.

stattgefunden hat. Nun einfach den Abbau zu entdecken, greift einfach nicht. Gleichzeitig wurden auch nicht einfach nur Steuergeschenke gemacht. Die Steuereinnahmen stiegen von CHF 1,55 Mrd. auf CHF 1,9 Mrd. Im Kanton Basel-Landschaft läuft nicht alles so, wie es manchmal rhetorisch dargestellt wird. Anstatt von einem vermeintlichen Abbau zu sprechen, sollten wir froh über die stabile Finanzlage sein und dass darüber diskutiert werden kann, was man sich leisten will. Das wird getan. Im Aufgaben- und Finanzplan wird beispielsweise die Digitalisierungsstrategie enthalten sein. Die kostet Unsummen. Es wird von familienergänzender Betreuung gesprochen. Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer arbeitet an diesem schwierigen Thema. Es wird also nicht nur für die Vermögenden, sondern auch diejenigen gearbeitet, die ohne Vermögen und mit wenig Geld durchs Leben gehen, wie ja auch der heute bereits erwähnten Publireportage zu entnehmen ist.

Vermögende sind nicht einfach schlecht und sie werden auch nicht allein nur reicher. Ein Zitat aus der Antwort: «Zwischen 2001 und 2018 sind die steuerbaren Vermögen aller Steuerpflichtigen insgesamt um 44,1 % angestiegen». Das ist der Wohlstand, zu dem alle ihren Beitrag leisten. Dass das in absoluten Zahlen bei hohem Vermögen mehr ausmacht als bei kleinen, ist logisch. Es darf aber insgesamt festgestellt werden, dass die Volkswirtschaft so gut gearbeitet hat, dass sich der Kanton auf einem guten Weg befindet.

Ein Finanzdirektor beschäftigt sich parallel mit Budget und Rechnung. Diese Bereiche überschneiden sich. Zurzeit diskutieren alle über das Budget. Dieses gilt ab 1.1.2023. Der Finanzdirektor arbeitet aber auch bereits an der Rechnung per 31.12.2022. Er kann nun wählen, auf welcher Seite er steht. Auf der Seite Rechnung oder der Seite Budget. Zur Rechnung: 2022 wird sehr gut abgeschlossen werden. Nicht nur aufgrund des Gewinns der Nationalbank, sondern weil Steuererträge gestiegen sind. Die Wirtschaft läuft also besser, als zu lesen ist. Die Steuererträge steigen und die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten sind sehr tief. Das sind die besten Voraussetzungen. Die Teuerung ist zum zweiten Mal rückläufig. Es ist also davon auszugehen, dass der Kanton ein dickes Eigenkapitalpolster aufbauen kann. Dieses dient als Reserve für die schweren Zeiten. Soviel zur Rechnung 2022. Nun zur Seite Budget: Es steht die Frage im Raum, wie der Finanzdirektor mit dem Wegfall des Nationalbankgewinns umgeht. Dass dieser volatil ist, ist bekannt. Aus diesem Grund hat Basel-Landschaft keine Ausgaben auf den Nationalbankgewinn abgestützt. In der Finanzkommission wurde aufgezeigt, dass für den Kanton keine strukturelle Abhängigkeit von der Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank besteht. Ob nun also der budgetierte dreifache Gewinn kommt oder nicht, ist aktuell nicht bekannt. Der Finanzdirektor geht aber davon aus, dass im Verlauf des Jahres 2023 ein grosser Teil des nichteingehenden SNB-Gewinns mit Vorjahressteuern und anderen Steuererträgen kompensiert werden kann. Sollte dies nicht klappen, weist der Kanton eine Eigenkapitaldeckung zwischen CHF 750 und 800 Mio. auf, was fast noch nie der Fall war. Damit kann sich der Kanton auch mal ein rotes Jahr leisten. Regierungsrat Lauber ist aber optimistisch, dass dies nicht der Fall sein wird. Der Gedanke ist falsch, dass man sich die Steuerreform aufgrund des ausbleibenden SNB-Gewinns nicht leisten könne. Die SNB-Thematik ist ein Blick auf die Zeit ab 1.1.2023. Die Revision der Vermögenssteuer und die Abschaffung der Baselbieter Steuerwerte führen zu einer langfristigen Perspektive, die man sich nicht durch einmaliges Ereignis vermiesen lassen darf. Zum Schluss noch zum Vorwurf, es würde nichts für die unteren Einkommen getan: Prämienverbilligungen wurden erwähnt, das Mietzinsbeitragsgesetz wurde von der Finanzkommission verabschiedet und es wird auch etwas fürs Personal getan. Die Fakten sprechen für sich. Der Kanton Basel-Landschaft ist gut aufgestellt – niemand muss nervös sein und alle zusammen können frohen Mutes in die Zukunft blicken.

://: Die Interpellation ist erledigt.
